

Bericht über die Lage in den Bezirks- und Kreisämtern für Nationale Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit ist in 3 der 15 Bezirksämter (BÄ) für Nationale Sicherheit weitgehend gewährleistet, in 8 BÄ stark eingeschränkt und in den BÄ Leipzig, Rostock, Dresden und Erfurt nicht gegeben. Die Nachrichtenverbindungen der BÄ zum Amt für Nationale Sicherheit sind im wesentlichen über WTsCh stabil.

Die Auflösung der Kreisämter (KÄ), die insgesamt planmäßig und äußerst diszipliniert erfolgte, ist im wesentlichen abgeschlossen. Von 209 KÄ und 7 Objektdienststellen (OD) sind 195 KÄ und 7 OD aufgelöst (93,3 %). Die Auflösung der noch verbleibenden 14 KÄ wird zügig fortgesetzt und in Kürze abgeschlossen. Die Verzögerung der Auflösung von KÄ resultiert vor allem

- aus dem Fehlen von Transportkapazität sowie
- durch Verweigerung bzw. Verzögerung des Abtransportes von Schriftgut durch Vertreter von Bürgerkomitees.

Die Mehrzahl der Objekte der KÄ ist an neue Rechtsträger übergeben bzw. die Übergabe ist vorbereitet.

Die Auflösung der KÄ war mit der Lösung komplizierter und umfangreicher Aufgaben des sicheren Transportes geheimzuhaltenden schriftlichen Materials und seines Schutzes vor unbefugtem Zugriff, des Ausbaus und Abtransportes operativer Technik, einschließlich Chiffriertechnik und WTsCh sowie zur Auslagerung von Waffen in den VPKÄ bzw. BdVP verbunden.

Alle diesbezüglichen Probleme wurden in enger Abstimmung mit der VP sowie in Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgerkomitees bewältigt.

Im Zusammenhang mit der Übergabe von Objekten werden zu den geheimdienstlich genutzten Objekten der Aufklärung und Abwehr im Interesse des Quellenschutzes und der weiteren Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der geheimdienstlichen Arbeit zu den jeweiligen Objekten individuelle Entscheidungen getroffen. Eine Reihe solcher Objekte wird für den Schutz von Patrioten auch weiterhin benötigt.

Über die Übergabe weiterer KÄ, rückwärtiger Einrichtungen sonstiger Dienstobjekte sowie von Ferien-, Kur- und Genesungsheimen, Gästehäusern, Wohnheimen und Mehrzweckobjekten wird ab 14. 12. 1989 täglich informiert.

Die Wirksamkeit der Regierungsbeauftragten wird als sachlich und konstruktiv eingeschätzt. Ihre Tätigkeit ist auf die unmittelbare Lösung anstehender Probleme ausgerichtet. Die Arbeitsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Einsatzgruppen des AfNS und den Regierungsbeauftragten waren jederzeit gewährleistet.

Ein bedeutsames Vorkommnis trat im KA Schmalkalden/Suhl im Zusammenhang mit der gewaltsamen Erstürmung des KA am 6. 12. 1989 auf, wobei es zum Verlust operativen Schriftgutes kam, dessen Umfang und Charakter nicht vollständig eingeschätzt werden kann. Diesbezügliches schriftliches Material wurde zum Teil in Betrieben an Wandzeitungen öffentlichkeitswirksam gemacht.

Im BA Suhl können gegenwärtig ca. 160 Pistolen sowie dazugehörige Munition im Bestand nicht nachgewiesen werden, da die Waffen der ständigen Waffenträger in den Panzerschränken gelagert werden und infolge der Versiegelung durch den Militärstaatsanwalt nicht in die Waffenkammern zurückgeführt werden können.

An der Rückführung wird entsprechend den gegebenen Möglichkeiten gearbeitet.

In mehreren Kreisen sind Mitarbeiter bzw. ehemalige Mitarbeiter der KÄ massiven Drohungen, Beschimpfungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Der Leiter des KA Worbis mußte aus diesen Gründen kurzfristig seinen Wohnort verändern. In der Baumwollspinnerei Leinefelde werden ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit sowie Personen, die Mitglieder der SED sind, nicht eingestellt. In Sömmerda wurden Gehaltszahlungen auf Schecks an Mitarbeiter des KA verweigert.

Die Arbeitssuche für Mitarbeiter der KÄ gestaltet sich äußerst kompliziert. Vielfach sind die Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung der Kaderorgane volkseigener Kombinate, Betriebe sowie staatlicher Einrichtungen erschöpft. Für einen Teil des Mitarbeiterbestandes, insbesondere in Berlin, werden von den Leitern der KÄ keine Lösungen ihres Einsatzes gesehen. In größerem Umfang haben die bisherigen Mitarbeiter der KÄ Tätigkeiten weit unter ihrer Qualifikation übernommen. Unter der Mehrzahl der Mitarbeiter herrscht tiefe Verbitterung und Enttäuschung.

Aus mehreren Bezirken liegen Informationen vor, in denen Bürger ihr Unverständnis über die vollständige Auflösung der KÄ zum Ausdruck bringen.

Auch Angehörige der VP äußerten, daß sie ohne das bisher übliche arbeitsteilige Zusammenwirken mit den Mitarbeitern der ehemaligen Kreisdienststellen bzw. der KÄ Probleme in der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit erwarten.

Vertreter des "Demokratischen Aufbruchs", der "SDP", des "Neuen Forums" und weitere Bürger äußerten im Zusammenhang mit der Auflösung des KA Bitterfeld, daß es ihnen nicht um die Auflösung, sondern nur um eine Veränderung der Struktur und die Brechung des Machtanspruchs der SED im KA ging.

In einer in Roßlau unter Genossenschaftsbauern und fortschrittlich eingestellten Bürger getätigten Umfrage stellten diese besorgt die Frage nach ihrem Schicksal, insbesondere unter Bezugnahme auf die militanten Äußerungen auf der Montagsdemonstration am 11. 12. 1989 in Leipzig. Ähnliche Äußerungen, einschließlich von kirchlichen Vertretern, wurden in 4 weiteren Kreisen des Bezirkes Halle sowie in Kreisen der Bezirke Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Schwerin und in Berlin bekannt. Bevölkerungskreise, die sich von den Leipziger Demonstrationen zurückgezogen haben, zeigten sich äußerst besorgt, daß jetzt keine Kräfte mehr vorhanden sind, die gegen neonazistische Auswüchse vorgehen.

Anlagen

Übersicht Leiter der BÄ

Übersicht personelle Reduzierung